

„Nürnberger Erklärung: KOMMUNEN STÄRKEN!“

„Kommunale Nachhaltigkeit als Ausweg aus der Krise“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Netzwerk21Kongress 2010 haben ihre Erfahrungen über Nachhaltigkeitsprozesse und -projekte miteinander ausgetauscht und sich Anregungen über eine Stärkung dieser innovativen Politik mit auf den Weg gegeben. Mit ihrem vielgestaltigen Engagement leisten die Vertreter aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft einen erheblichen Beitrag für eine zukunftsfähige Entwicklung. Auf dieser Basis wurde folgende Resolution per Akklamation angenommen:

Die Kommunen in Deutschland sind mit Problemen und Herausforderungen von historischen Ausmaßen konfrontiert. Die Negativeffekte der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise erreichen die lokale Ebene, die Defizite kommunaler Haushalte erklimmen trotz schmerzlicher Sparmaßnahmen neue Rekordhöhen, und während die Einnahmen sinken steigen die Ausgaben weiter an.

Angesichts dieser Krise und weiterer Herausforderungen, wie Klimawandel, demografische Entwicklung, Erwerbslosigkeit und Armut, Verlust der biologischen Vielfalt sowie Integration von MigrantInnen muss die Handlungsfähigkeit der Kommunen gesichert werden. Notwendige Investitionen in langfristige Beteiligungsprozesse, Bildung und Qualifikation, Sicherung und Verbesserung der Daseinsvorsorge, Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energiequellen, Modernisierung der Infrastrukturen müssen erfolgen, da sie Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung für ganz Deutschland sind. Auf kommunaler Ebene werden unter anderem die gesellschaftlichen Weichen in Richtung Nachhaltigkeit gestellt.

In zahlreichen Kommunen wird nach Auswegen gesucht und mit neuen Konzepten experimentiert. Immer noch zu wenige aber immer mehr Städte, Gemeinden und Landkreise machen sich das Leitbild des 21. Jahrhunderts zunutze und versuchen die ambitionierten Prinzipien „Nachhaltiger Entwicklung“ anzuwenden. Künftig könnten viele Potenziale durch umfassende Bürgerbeteiligung und ein Nachhaltigkeitsmanagement noch besser genutzt, Innovationen durchgeführt und „Bürgerschaftliches Engagement“ noch besser mobilisiert werden. Zudem gilt es, auf lokaler Ebene alle öffentlichen Leistungen und Strukturen stärker auf Prinzipien der Nachhaltigkeit auszurichten.

Doch all diese Anstrengungen in den Städten, Gemeinden und Kreisen reichen nicht aus, die Strukturkrise zu überwinden und die Herausforderungen zu meistern. Dafür müssen vielmehr zusätzlich die Rahmenbedingungen für erfolgreiche zukunftsfähige Politik und Nachhaltigkeitsaktivitäten in den Kommunen deutlich verbessert werden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Netzwerk21Kongress 2010 fordern:

- Konzepte, Maßnahmen und Initiativen der Kommunen, die sich an einer nachhaltigen Entwicklung ausrichten, müssen von Bund und Ländern gezielt gefördert werden.
- Bund und Länder müssen beitragen, den Schuldenanstieg der Kommunen zu stoppen und künftig den Schuldenabbau unterstützen und in Zusammenarbeit mit diesen eine Entschuldungsstrategie entwickeln, um künftigen Generationen nicht weitere Lasten aufzubürden.
- Die Kommunen müssen von den drastisch steigenden Sozialausgaben durch den Bund entlastet bzw. bei der Umsetzung von Bundes- und Landesgesetzen gemäß dem Konnexitätsprinzip finanziell ausgestattet werden (Wohngeld bei Hartz IV, garantierte Kitaplätze, etc.).
- Die in einigen Bundesländern erfolgten oder vorgesehenen Streichungen der Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich zurückzunehmen bzw. zu unterlassen.
- Die Gewerbesteuer ist im Sinne einer Gemeindefinanzsteuer weiter zu entwickeln. Bund und Länder müssen Möglichkeiten für zusätzliche Einnahmen der Kommunen schaffen (z.B. die Grunderwerbssteuer erhöhen, wie in einigen Bundesländern erfolgt).
- Den Kommunen bzw. ihren Spitzenverbänden ist in der Bewertung und Weiterentwicklung von Bundes- und Landesgesetzen größerer Einfluss einzuräumen.
- Bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement für eine Kommune sind – neben Geld – als Eigenmittel bei der Akquisition von Fördermitteln anzuerkennen.
- Maßnahmen in Richtung Nachhaltigkeit wie z.B. in der Städtebauförderung oder im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm müssen gestärkt werden.

All dies kann nur durch eine gemeinsame, konzertierte Aktion von Bund, Ländern und Kommunen unter Hinzuziehung der Stakeholder erfolgreich gemeistert werden. Wir als Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Netzwerk21Kongress 2010 erklären uns bereit, uns für die baldige Realisierung der hier vorgeschlagenen Innovationen einzusetzen.